

SEESTADT BREMERHAVEN



Informationen zur Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten nach Art. 13 und 14 EU-DSGVO

Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik

Stand: August 2018



**Magistrat der Stadt Bremerhaven
Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik
Postfach 21 03 60, 27524 Bremerhaven**



**BREMERHAVEN
MEER ERLEBEN!**

Das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik des Magistrats der Stadt Bremerhaven verarbeitet zur ordnungsgemäßen Durchführung von Antragsverfahren und der Betreuung von geförderten Vorhaben im Rahmen von arbeitsmarktpolitischen Programmen personenbezogene Daten der antragstellenden und teilnehmenden Personen. Die nachfolgenden Informationen dienen dazu, Sie über die Erhebung und die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Ihrer damit verbundenen Rechte aufzuklären. Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit den Regelungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und dem Bremischen Ausführungsgesetz zur EU-Datenschutzgrundverordnung (BremDSGVOAG).

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich zur Durchführung von Antragsverfahren und zur Betreuung geförderter Vorhaben im Rahmen von arbeitsmarktpolitischen Programmen sowie zur Durchführung von Drittmittelprojekten.

2. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist

Magistrat der Stadt Bremerhaven
Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik
Hinrich-Schmalfeldt-Straße
27576 Bremerhaven
Tel.: 0471 590-2940
Fax: 0471 590-350 2082
E-Mail: arbeitsmarktpolitik@magistrat.bremerhaven.de.

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Den/die zuständige/n Datenschutzbeauftragte/n erreichen sie wie folgt:

Magistrat der Stadt Bremerhaven
Magistratskanzlei
Hinrich-Schmalfeldt-Straße
27576 Bremerhaven
Tel.: 0471 590 3332
Fax: 0471 590 350 3332
E-Mail: digitalisierungsbuero@magistrat.bremerhaven.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Daten werden zum Zwecke der ordnungsgemäßen Durchführung von Antragsverfahren und der Betreuung von geförderten Vorhaben im Rahmen von arbeitsmarktpolitischen

Programmen sowie zur Durchführung von Drittmittelprojekten durch das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik des Magistrats der Stadt Bremerhaven verarbeitet. Die qualifizierte Bearbeitung von entsprechenden Anliegen erfordert die Verarbeitung personenbezogener Daten, welche aufgrund des öffentlichen Interesses nach Art. 6 Abs. 1 lit. e EU-DSGVO rechtmäßig ist.

5. Empfänger von personenbezogenen Daten

Die Empfänger der personenbezogenen Daten sind die Mitarbeiter*innen des Amtes für kommunale Arbeitsmarktpolitik des Magistrats der Stadt Bremerhaven.

6. Art der personenbezogenen Daten

Es werden sowohl Daten der Antragsteller*innen als auch Daten, die durch die Antragsteller*innen erhoben worden sind (Dritterhebung), verarbeitet. Die personenbezogenen Daten der Antragsteller*innen, die durch das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik verarbeitet werden, umfassen Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer, Faxnummer, E-Mail-Adresse und Kontodaten. Die personenbezogenen Daten, die durch die Antragsteller*innen erhoben werden, umfassen Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, zahlungsbegründete Angaben bezüglich des Beschäftigungsverhältnisses und die Wohnortdauer (im Fall der Ausbildungsförderung). Diese personenbezogenen Daten müssen erhoben und verarbeitet werden, da nur auf dieser Grundlage eine Entscheidung über die Förderfähigkeit von Anträgen und eine Bearbeitung von laufenden Projekten möglich ist.

Die personenbezogenen Daten, die im Rahmen von Drittmittelprojekten erhoben werden, umfassen das Geburtsjahr, das Geschlecht, den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarktstatus, den Migrations- bzw. Fluchthintergrund und das Vorliegen einer Alleinerntenschaft. Die Angaben sind anonymisiert, d.h. sie sind den ursprünglichen Personen nicht mehr zuordenbar. In dieser anonymisierten Form werden sie an eine Online-Datenbank des Zuwendungsgebers übermittelt.

7. Datenerhebung durch Dritte

Im Zuge der Antragsverfahren zu den kommunalen arbeitsmarktpolitischen Programmen werden auch personenbezogene Daten verarbeitet, die von Dritten erhoben worden sind, d.h. von Antragsteller*innen. Im Falle von Dritterhebungen werden die Daten durch die Antragsteller*innen erhoben, die sich um eine Förderung durch die kommunalen arbeitsmarktpolitischen Programme bewerben.

8. Dauer der Speicherung von personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist gespeichert und sind anschließend ordnungsgemäß zu löschen. Wenn nicht anders spezifiziert, beträgt die Aufbewahrungsfrist der Daten 10 Jahre nach Beendigung des Falls.

Für das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ beträgt die gesetzlich vorgeschriebene Dauer der Aufbewahrung fünf Jahre.

Für das Programm „Ausbildungsförderung“ beträgt die gesetzlich vorgeschriebene Dauer der Aufbewahrung 4 Jahre für Einzelakten (abgelehnt), 6 Jahre für Einzelakten (Zuschüsse und Darlehen), 30 Jahre für Generalia, 3 Jahre für NDF (Nothelfergemeinschaft, Listen) und 10 Jahre für Zahlungslisten.

9. Betroffenenrechte

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft über die Verarbeitung der betreffenden personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO), auf Berichtigung unrichtiger oder unvollständiger Daten (Art. 16 DSGVO), auf Löschung nicht mehr benötigter Daten (Art. 17 DSGVO), auf Sperrung oder auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) und auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO).

10. Beschwerderecht (bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit)

Wer annimmt, bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung seiner persönlichen Daten in seinen Rechten verletzt worden zu sein, kann sich an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde wenden (Art. 77 DSGVO). Diese geht der Beschwerde nach und unterrichtet die betroffene Person über das Ergebnis.

Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit der Freien Hansestadt Bremen

Arndtstraße 1

27570 Bremerhaven

Tel.: +49 471 596 2010 oder +49 421 361 2010

Fax: +49 421 496 18495

E-Mail: office@datenschutz.bremen.de

Ich habe die Informationen zur Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten nach Art. 13 und 14 EU-DSGVO zur Kenntnis genommen und erkläre mich hiermit mit der Erhebung und Verarbeitung meiner und der Verarbeitung der von mir erhobenen personenbezogenen Daten einverstanden.

Name

Datum, Unterschrift